

Anfrage - Nr. StVV - AF 36/2023 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Beseitigung von Barrieren für eine inklusive Stadtentwicklung (FDP)

Eine Vielzahl von Hindernissen schränkt erheblich die Mobilität und Teilhabe am öffentlichen Leben für verschiedene Bevölkerungsgruppen, darunter Senioren, Eltern mit Kinderwagen und Menschen mit Behinderungen, ein. Der Zugang zu Supermärkten, Arztpraxen, Kindertagesstätten oder Bushaltestellen in der Nähe ist für diese Gruppen oft problematisch. Selbstbestimmte Mobilität bildet die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die öffentliche Infrastruktur für alle, unabhängig von Alter oder individuellen Bedürfnissen, vollständig barrierefrei wird. Nur so kann eine inklusive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für jeden Bürger gewährleistet werden.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich insbesondere durch fehlende oder unzureichend abgesenkte Bürgersteige bei Straßenquerungen, unbefestigte und unebene Wege, mangelnder Straßenbelag, lose Gehwegplatten, steile Rampen, im Weg stehende Pfosten und Poller, fehlende Querungshilfen an breiten Straßen, zu kurze Ampelphasen, das Fehlen taktiler und akustischer Hilfen an Ampeln sowie schlechte Beleuchtung stellen allesamt Hindernisse dar. Diese können nicht nur für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, sondern auch für kognitiv, seh- und hörbeeinträchtigte Personen erhebliche Probleme darstellen. Fahrzeuge, die abgesenkte Bordsteine blockieren oder auf Gehwegen parken, einschließlich Fahrräder und E-Scooter, tragen zusätzlich zu dieser Gefahrenlage bei und beeinträchtigen die Gesamtbarrierefreiheit.

Die Förderung selbstbestimmter Mobilität ist nicht nur eine Frage der individuellen Freiheit, sondern auch eine grundlegende Voraussetzung für umfassende gesellschaftliche Teilhabe.

Mit diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Welche Kriterien werden derzeit von der Stadtverwaltung zur Bewertung der barrierefreien Mobilität herangezogen?
2. Gibt es spezifische Standards oder Leitlinien, die bei dieser Bewertung angewendet werden?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Stadtverwaltung bereits ergriffen oder plant sie zu ergreifen, um die Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum in Bremerhaven zu verbessern?
4. Liegt eine systematische Erfassung von nicht-barrierefreien Bereichen vor?
5. Falls ja, welche prioritären Maßnahmen wurden oder werden ergriffen, um diese Mängel zu beheben?
6. Wie können Bürgerinnen und Bürger aktiv am Prozess der Identifizierung und Meldung von Barrieren auf Bürgersteigen und Gehwegen teilnehmen?
7. Existieren Mechanismen oder Plattformen, über die Bürgerinnen und Bürger Barrieren melden können?

8. Welche Schritte werden unternommen, um die Anliegen und Vorschläge der Bevölkerung in laufende Planungen und Maßnahmen zu integrieren?
9. Wie reagiert die Stadtverwaltung auf gemeldete Barrieren im öffentlichen Raum, und gibt es einen transparenten Prozess, um den Fortschritt bei der Beseitigung solcher Barrieren zu kommunizieren?
10. Welche langfristigen Ziele und Strategien hat die Stadt Bremerhaven, um die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum kontinuierlich zu verbessern und aufrechtzuerhalten?
11. Wie beurteilt die Stadtverwaltung den aktuellen Zustand von Gehwegen und Bordsteinen in Bezug auf Barrierefreiheit, insbesondere hinsichtlich der Absenkung, Oberflächenbeschaffenheit und Breite? Welche kurz- und langfristigen Maßnahmen sind geplant, um die Barrierefreiheit dieser Elemente zu verbessern?
12. Wie ist der aktuelle Stand der Barrierefreiheit von Lichtzeichenanlagen in Bremerhaven? Berücksichtigt dies Aspekte wie taktile und akustische Signale für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen sowie ausreichend lange Grünphasen für Personen mit Mobilitätseinschränkungen? Welche Maßnahmen plant die Stadtverwaltung, um die Barrierefreiheit an Ampelanlagen zu verbessern und sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht werden?

Gez. Prof. Dr. Hauke Hilz
und FDP-Fraktion Bremerhaven